

# Die Jungparteien hängen am Staatstropf

**PARTEIEN** Der Bund greift den Schweizer Jungparteien mit finanziellen Beiträgen unter die Arme. Für diese ist das Geld jedoch Fluch und Segen zugleich.

LUKAS LEUZINGER  
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Ende August soll im Toggenburg ein grosses Fest steigen: Unter dem Motto «Zäme stoh för d Schwiz» lädt die Junge SVP zur Partynacht. Als prominenter Gast ist SVP-Präsident Toni Brunner vor Ort. «Wir wollen zusammen feiern, es lustig haben und die Gelegenheit nutzen, sich innerhalb der JSVP noch besser kennen zu lernen», heisst es in der Einladung. Grund zur Freude hat auch die Parteileitung. Denn: Für die Party erhält sie Geld vom Staat.

Das widerspricht eigentlich dem Schweizer Politikverständnis. Hierzulande herrscht nach wie vor die Überzeugung vor, dass der Staat politische Parteien nicht direkt finanzieren soll. Dennoch erhalten die Jungparteien Geld aus der Bundeskasse. Möglich macht dies das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG): Dieses erlaubt dem Bund, Organisationen, die mit Jugendlichen arbeiten, finanziell zu unterstützen. 210 000 Franken flossen dadurch vergangenes Jahr in die Kassen von fünf Jungparteien. Am meisten bekamen die Jungsozialisten mit 90 000 Franken. Am tiefsten war der Beitrag an die Junge CVP, die knapp 22 000 Franken erhielt.

## Punktesystem

Zuständig für die finanzielle Unterstützung ist das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Wie viel jede Partei erhält, wird durch ein Punktesystem ermittelt, wie Thomas Vollmer, stellvertretender Leiter des Bereichs Kinder- und Jugendfragen beim BSV, erläutert. Punkte gibt es einerseits für Aktivitäten wie Vorstandssitzungen, Versammlungen oder öffentliche Veranstaltungen. Darunter fällt auch die JSVP-Party im Toggenburg. Ebenfalls Unterstützung gibt es für das Sommerlager, das die Juso Anfang August im Wallis durchführt. Andererseits fliessen struktur-basierte Kriterien wie etwa die Zahl der Mitglieder mit ein.

Für die Jungparteien, die finanziell zumeist nicht auf Rosen gebettet sind, ist das Geld des BSV ein willkommener Zustupf. «Für uns sind diese Beiträge sehr wichtig», sagt Andreas Lustenberger, Präsident der Jungen Grünen, auf Anfrage unserer Zeitung. Die rund 23 000 Franken, welche die Partei 2013 erhielt, machen nach Aussagen des Zegers etwas mehr als einen Drittel der Einnahmen aus. Bei den anderen Parteien schwankt der entsprechende Anteil zwischen 10 und 30 Prozent.

«Jungparteien sind generell in einer schwierigeren Situation als die Mutterparteien, weil ihre Mitglieder in einem Alter sind, in dem sie meist über wenig Mittel verfügen», betont Daniel Bochsler, Politikwissenschaftler an der Universität Zürich. Entsprechend sind die Spenden-

einnahmen relativ tief. Hinzu komme, dass die meisten Politiker, wenn sie in ein Amt gewählt werden und Mandatsbeiträge an ihre Partei abliefern, nicht mehr Mitglied einer Jungpartei seien. «Die Jungparteien leisten einen Beitrag an die Rekrutierung des politischen Personals, ohne dass sie nachher davon profitieren», sagt Bochsler.

## Kritik an der Intransparenz

Jean-Pascal Ammann, Präsident der JCVP, findet die finanziellen Beiträge an die Jungparteien grundsätzlich «ein gutes und wichtiges Instrument». Schliesslich erhalte der Staat für das Geld auch etwas zurück. «Dass sich Junge an der Politik beteiligen, liegt in seinem Interesse.» Kritik äussert der Luzerner allerdings an der konkreten Ausgestaltung. Einerseits sei der Beitrag für die Partei ziemlich aufwendig: «Es kostet uns jeweils mehrere Tage, um den Antrag ans BSV auszufüllen.»

Vor allem störe ihn aber die Intransparenz, sagt Ammann. «Der Kriterienkatalog ändert ständig, und die Beiträge schwanken beträchtlich.» So erhielt die JCVP im Jahr 2011 nur 14 000 Franken. Im Jahr darauf verdreifachte sich der Betrag auf knapp 43 000 Franken, um 2013 wieder auf 22 000 Franken zusammenzuschumpfen. Und dies, ohne dass sich die Aktivität der Partei während dieser Zeit stark verändert hätte, wie Ammann betont. «Es ist jedes Jahr wie-

der das gleiche Abenteuer», ärgert er sich über die Beitragsschwankungen.

Auch die anderen Jungparteipräsidenten kritisieren die Intransparenz und die mangelnde Planungssicherheit. Zwar hat das BSV nach eigenen Angaben das System auf 2013 hin überarbeitet und die Kriterien vereinfacht. Die meisten Jungparteien geben an, dass sich die Situation dadurch verbessert habe. Trotzdem sei es auch heute schwierig abzuschätzen, in welcher Höhe sich die Beiträge im nächsten Jahr bewegen

## «Dass sich Junge an der Politik beteiligen, liegt im Interesse des Staates.»

JEAN-PASCAL AMMANN,  
PRÄSIDENT DER JUNGEN CVP

werden, sagt Juso-Zentralsekretär Dario Schai. «Unter Umständen kann man so schnell mal ein paar tausend Franken neben dem budgetierten Betrag liegen.»

Dass Änderungen bei den Kriterien einschneidende Folgen für eine Partei haben können, musste jüngst die Junge EVP erfahren. Die Jungpartei hatte bis 2012 zwischen 5000 und 8000 Franken pro Jahr erhalten. Seit der Systemände-

rung im vergangenen Jahr muss eine Organisation, um in den Genuss von Bundesgeldern zu kommen, mindestens 500 Mitglieder haben, rund 100 mehr, als die JEVP vorweisen kann. Der Partei brach auf einen Schlag etwa die Hälfte ihrer Einnahmen weg, wie der ehemalige Präsident Roman Rutz erzählt. Aufgefangen habe man den Ausfall mit tieferen Ausgaben und einem höheren Beitrag der Mutterpartei.

Auch andere Jungparteien geben an, dass sie den Wegfall der Bundesbeiträge mit Geldern der Mutterpartei kompensieren. Das sei problematisch, weil der Staat somit Ausgaben tätigen würde, die sonst die Parteien übernehmen würden. Von einer Quersubventionierung der Mutterparteien über ihre angegliederten Jugendabteilungen will allerdings niemand sprechen.

## «Buchhalterische Kniffe»

Dass das System teilweise fragwürdige Anreize bietet, bestätigen hingegen die meisten Parteipräsidenten. Beispielsweise erhöhen sich die Beiträge, wenn eine Partei Leute für Arbeit bezahlt, die sie sonst ehrenamtlich machen würden. «Wenn ich mir einen Lohn auszahlen möchte, bekämen wir mehr Geld vom Bund», sagt Jean-Pascal Ammann von der JCVP. Ammann weist zudem auf «gewisse buchhalterische Kniffe» hin, welche die Parteien einsetzen, um höhere Beiträge zu bekommen.

Die JSVP und die Jungfreisinnigen tun sich indessen schwer mit der staatlichen Finanzhilfe. «Einerseits begrüssen wir es, dass der Bund Jungparteien fördert, weil sie eine wichtige Funktion für die Jugendförderung und die politische Meinungsbildung wahrnehmen», sagt JSVP-Präsident Anian Liebrand. «Andererseits widerspricht es unserem Staatsverständnis, wenn Parteien am Tropf des Staates hängen.»

Dennoch will auch seine Partei nicht auf das Geld des Bundes verzichten, denn dadurch würde sie sich selbst gegenüber den anderen Jungparteien benachteiligen.

## Streichen oder ausbauen?

Die Jungfreisinnigen wollen deshalb die staatliche finanzielle Unterstützung auf politischem Weg bekämpfen. Sie planen derzeit einen Vorstoss im eidgenössischen Parlament, wie deren Parteipräsident Maurus Zeier verrät. «Wir wollen erreichen, dass Jungparteien kein Geld mehr vom Bund erhalten.»

Genau das Gegenteil streben dagegen die linken Parteien an: Sie wollen die direkte staatliche Finanzierung von den Jungparteien auf alle Parteien ausweiten. «Generell fände ich eine öffentliche Parteienfinanzierung eine gute Idee», sagt Andreas Lustenberger von den Jungen Grünen. Allerdings sollte sie seiner Meinung nach zweckgebunden sein.



Die Jungsozialisten, hier bei der diesjährigen Jahresversammlung am 15. März in Bern, erhielten 2013 mit 90 000 Franken am meisten staatliche Unterstützung.

Keystone/Lukas Lehmann

## Kantone streiten um Zahlungen

**BAHNINFRASTRUKTUR** sda. Am neuen Bahninfrastrukturfonds müssen sich die Kantone mit 500 Millionen Franken pro Jahr beteiligen, so steht es im Gesetz. Bei der Frage, welcher Kanton welchen Beitrag bezahlen soll, sind die Kantone aber uneins. Gregor Saladin, Mediensprecher des Bundesamtes für Verkehr (BAV), bestätigte gestern einen entsprechenden Bericht der «NZZ am Sonntag».

Der Bund erwarte von den Kantonen, dass sie eine gemeinsame Haltung erarbeiteten, sagte Saladin. Könnten sich die Kantone nicht einigen, liege es am Bundesrat, die Verteilung der Kantonsbeiträge festzulegen. Vorerst ist es aber noch nicht so weit. Nächstes Jahr startet die reguläre Vernehmlassung zu verschiedenen Verordnungen zur Vorlage.

## SVP will der Justizministerin «Beine machen»

**ASYLPOLITIK** Die SVP will das Asylrecht faktisch aushebeln. Sie wirft der zuständigen Bundesrätin vor, sie sei «unfähig», das Problem zu lösen.

sda/red. Die SVP liebäugelt rund 15 Monate vor den eidgenössischen Wahlen im kommenden Jahr erneut mit einer Volksinitiative zum Asylwesen. Nach dem Willen von SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz soll in der Schweiz niemand mehr Asyl erhalten, der aus einem sicheren Drittland einreist.

«Ausländer, die von einem sicheren Nachbarstaat in die Schweiz einreisen, ohne dort verfolgt zu werden, sollen nur noch ein Wegweisungsverfahren durchlaufen können», sagt Amstutz im Inter-

view mit der «Sonntagszeitung». Asyl für Personen, die beispielsweise aus Italien einreisen, soll in der Schweiz nach diesem Vorschlag ausgeschlossen sein. «Wer wirklich um sein Leben bangt, wird richtigerweise im nächstgelegenen sicheren Land einen Antrag stellen, um rasch wieder in die Heimat zurückkehren zu können», begründet der Berner Nationalrat die von der SVP verlangte Verschärfung.

## «Menschenhandel Riegel schieben»

Ziel der Einschränkung sei es auch, «dem unsäglichen Menschenhandel den Riegel zu schieben», betont Amstutz im Interview. Richtig sei hingegen die UNO-Hilfe in sicheren Nachbarländern. «Diese dient den Ärmsten und nicht denen, die teure Schlepperreisen bezahlen können.» Einen Konflikt der neusten SVP-Ideen mit den Menschenrechten sieht Amstutz nicht.

Wer aus einem sicheren Staat einreist, soll zudem in einem «kontrollierten Zentrum» untergebracht werden, lautet ein weiterer Vorschlag, den die SVP allenfalls in eine Initiative einbauen möchte. «Wer sich nicht an die Schweizer Regeln hält, soll in ein geschlossenes Zentrum», sagte Amstutz.

## Sommaruga wird hart kritisiert

Zum Stand der Lancierung eines solchen Volksbegehrens sagte Amstutz: «Wir arbeiten an einer neuen Asylinitiative.» Eine Verschärfung im Asylbereich mittels Initiative kündigte die SVP schon früher an, etwa für das Jahr 2013.

Das Parlament hatte im vergangenen Jahr mehrere Punkte im Asylrecht verschärft, und SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga stiess ebenfalls Reformen an.

Die Zahl der Gesuche in der Schweiz, die sich stark an der europäischen Ent-

wicklung orientiert, sank im vergangenen Jahr um über ein Viertel auf rund 21 000. Derzeit nimmt sie wieder zu. Vom Rückgang, der teilweise auf Sommarugas Reformen zurückgeht, zeigt sich Amstutz jedoch unbeeindruckt. «Schwankungen bei derart exorbitant hohen Asylzahlen als Erfolg zu verbuchen, ist reine Schönrederei», sagt er. Unter SVP-Justizminister Christoph Blocher seien die Gesuche vor rund zehn Jahren auf unter 11 000 zurückgegangen. Jedoch erlebte Europa da gleichfalls einen Rückgang.

Der SVP-Fraktionschef wirft Sommaruga «Unfähigkeit» vor. Die zuständige Justizministerin solle nicht dafür, dass abgelehnte Asylsuchende weggewiesen würden, und poche nicht darauf, dass Staaten wie Italien oder Griechenland sich an ihre Verpflichtung halten. Deshalb gelte es, der Justizministerin «Beine zu machen».